


Studiengebühren

25.06.2010, 12:19 

Bloß kein zweites Hessen

Die rot-grüne Regierung in NRW will Studienbeiträge abschaffen - ein fatales Signal für die Hochschulen im Land. Die fürchten nun den Absturz. von *Marion Schmidt*  Hamburg

Die Uni Köln hat viel investiert - und könnte viel verlieren. Jährlich nimmt die zweitgrößte deutsche Hochschule 25 Mio. Euro aus Studiengebühren ein.

Mit dem Geld sind in den vergangenen Jahren die Studienbedingungen deutlich verbessert worden. Wenn jetzt, wie von der neuen rot-grünen Landesregierung in Nordrhein-Westfalen geplant, die Gebühren abgeschafft werden, sehe es an der Uni Köln so aus: 400 Tutoren und Dozenten - entlassen, die Bibliothek - am Wochenende geschlossen, die Professional School zur Berufsvorbereitung von Bachelor-Studenten - eingestampft, das Programm "Innovation in der Lehre" - eingestellt, die Forschungsklasse in der Germanistik - gestrichen.

Das neue Studierendenhaus der medizinischen Fakultät immerhin bliebe stehen. Es ist ein Worst-Case-Szenario, das Rektor Axel Freimuth da zeichnet, aber der Fall, dass es eintritt, ist nicht unwahrscheinlich.

Alle Projekte sind in den vergangenen Jahren aus Studiengebühren finanziert worden. SPD und Grüne hatten sich im Wahlkampf für die Abschaffung des Bezahlstudiums starkgemacht, es könnte jetzt eine ihrer ersten Amtshandlungen als Minderheitsregierung werden, weil dem Vorhaben wohl sicher auch die Linkspartei zustimmen würde.

Die designierte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) hatte allerdings immer betont, dies nur schrittweise bis 2013 zu tun und den Ausfall für die Unis auszugleichen.

"Zustand wie in Hessen"

Eine Kompensation würde den stark verschuldeten Landeshaushalt jedoch mit jährlich zusätzlich 260 Mio. Euro belasten. "Das halte ich für unrealistisch", sagt der Rektor der Ruhr-Uni Bochum, Elmar Weiler. Auch sein Kölner Kollege Freimuth glaubt nicht daran.

Eher befürchten die Rektoren einen "Zustand wie in Hessen", so Weiler. Dort hatten SPD und Grüne zusammen mit der Linken 2008 die Gebühren gekippt und die Ausfälle aus dem Landeshaushalt ausgeglichen. Eben diese Summe wurde den Hochschulen des Landes jetzt aus dem Wissenschaftsetat gekürzt.



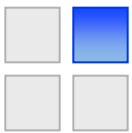
Mit der Abschaffung der Gebühren werden die Kurse wieder überfüllt sein.

Für die Hochschulen an Rhein und Ruhr wäre das "eine Katastrophe", sagt Ursula Gather, Rektorin der TU Dortmund. "Für uns wäre das ein großer Nachteil im Wettbewerb mit den Südländern, die ihren Studenten auch mithilfe der Studienbeiträge gute Betreuung bieten können." Diese Gefahr sieht auch Frank Ziegele, Geschäftsführer des Centrum für Hochschulentwicklung (CHE): "Das Nord-Süd-Gefälle wird steigen."

Die Rektoren der nordrhein-westfälischen Unis fürchten schon jetzt um ihre Konkurrenzfähigkeit und schlagen der Landesregierung einen Kompromiss vor: nachgelagerte Gebühren wie in Hamburg.

GfK

Unterstützt von



Dort zahlen die Studenten ihre Campusmaut erst nach Abschluss des Studiums zurück. Bei diesem Modell muss der Staat allerdings für drei Jahre die Zwischenfinanzierung übernehmen.

Wenn im größten Bundesland mit den meisten Studenten die Gebühren kippen, hätte das, so Ziegele, bundesweite Signalwirkung: "Das wäre ein entscheidender Schlag gegen Gebühren und ein fatales Signal für die Hochschulen in den Ländern, in denen noch Gebühren erhoben werden: Ihr könnt euch nicht langfristig auf diese Quelle verlassen." Das würde zu einer Verschlechterung der Lehre führen, weil die Hochschulen das Risiko scheuen werden, Dozenten einzustellen.

Außerdem bietet es Professoren laut Ziegele eine "perfekte Ausrede", sich auf Forschung zu konzentrieren. Und letztlich hätten Studenten auch weniger Argumente, sich über schlechte Studienbedingungen zu beschweren.

Die Studenten in NRW, von denen nach einer aktuellen Erhebung des Gebührenkompass 70 Prozent weiterhin Gebühren ablehnen, würden es jedenfalls deutlich spüren, wenn diese wegfallen würden. Ruhr-Uni-Rektor Weiler macht deutlich, dass von den über 1800 Arbeitsverträgen, die die Uni mit Tutoren, Dozenten und auch Professoren geschlossen hat, die meisten gestrichen werden müssten.

Studenten sind unzufrieden und schlecht informiert

"Das würde ganz klar zu einer Verschlechterung der Studienbedingungen führen." Er ist, ebenso wie Ursula Gather, davon überzeugt, dass es "einen großen Aufschrei bei den Studenten geben wird".

Auch wenn derzeit nur 27 Prozent der Studenten mit der Verwendung ihrer Gebühren zufrieden sind und sogar nur 13 Prozent sich von den Hochschulen ausreichend informiert fühlen. "Wenn die Hochschulen so sehr an den Gebühren hängen, müssen sie die Erfolge viel stärker als bisher kommunizieren", sagt Markus Voeth, Marketingprofessor an der Uni Hohenheim, der den Gebührenkompass erstellt hat.

Das ganze Bachelor-System sei darauf ausgerichtet, durch zusätzliche Einnahmen die Betreuung zu sichern.

Und: Viele Studenten wüssten gar nicht, wie es ohne Gebühren an den Unis aussehen würde. "Die Studenten", sagt Markus Voeth, "werden die Gebühren erst lieben, wenn sie nicht mehr da sind."

GfK

Unterstützt von